



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgeblich und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

hinab, um sich zu vergewissern, daß der Zugang zum Holzgewölbe auch gut verschlossen sei, und stieg dann zum Wohngemach hinauf. Dort zündete er Licht an, räumte die noch unberührten Speisen beiseite und suchte unter der kleinen Anzahl Bücher, die verstaubt auf dem Wandbort standen, die Bekenntnisse Augustins hervor. Er mochte wohl eine gute Stunde in dem Buche gelesen haben, als seine Augen, die dieser Beschäftigung entwöhnt waren, zu schmerzen begannen. Er legte einen Finger zwischen die Blätter, lehnte sich in den Sessel zurück und strich sich mit der Rechten über Stirn und Augen. Da flimmerte etwas im milden Lichte der Lampe vor ihm auf wie ein Faden von mattem Gold. Er griff danach und fand ein langes rotes Haar, das am Ärmel seines rauhen Mönchsgewandes haften geblieben war. Er wollte es in das knisternde Flämmchen der Lampe halten, da fiel ihm ein, die rechte christliche Weisheit offenbare sich darin, daß sie auch das Böse in den Dienst des Guten zu stellen wisse. Und er wickelte das Haar der schönen Sünderin zusammen und legte es als Buchzeichen in die Bekenntnisse des frommen Numidiers.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Im preußischen Herrenhause. Man braucht wirklich nicht der konservativen Partei in Preußen anzugehören, wenn man nach den mehrmonatigen Reichstagsverhandlungen die Generaldebatte des preußischen Herrenhauses über den Landeshaushaltsvoranschlag wie einen erquickenden, erfrischenden Regen nach sommerlicher Dürre empfinden will. Das war endlich einmal eine Debatte mit großen Ausblicken, sachlicher Klarheit und zugleich in der vornehmen Haltung, die dem Herrenhause eigen geblieben ist. Wir haben an dieser Stelle schon einmal dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß das preußische Herrenhaus viel zu sehr in den Hintergrund tritt, während es doch ein sehr wichtiges Machtmittel im Leben des preußischen Staats und damit im Gang der öffentlichen Dinge in Deutschland zu sein berufen ist. Gerade bei der destruktiven Richtung der Zeit und des parlamentarischen Wesens im Reichstage kann das Herrenhaus für die preußische Regierung und damit für eine verständige Reichspolitik ein in hohem Maße nützlicher Verbündeter sein. Man darf es getrost als eine der ersten Staatsnotwendigkeiten Preußens bezeichnen, das Herrenhaus wieder stärker in die politische Entwicklung einzuschalten, es reichlicher mit Vorlagen zu versehen und zu einer kräftigern Stellungnahme zu veranlassen. Das Herrenhaus dagegen würde sich durch eine stärkere Initiative ein großes Verdienst erwerben. Mit dem Reichskanzler bedauern noch viele andre Leute, daß Männer wie Freiherr von Manteuffel und Graf Mirbach nicht mehr dem Reichstage angehören. Durch ihr Ausscheiden hat sich der Einfluß der konservativen Partei im Reichstage, der berechtigte Einfluß, den sie üben muß, den Staatswagen im Geleise zu halten, ganz merklich vermindert; der Partei fehlt die geeignete Führung, und dadurch ist sie der ihr zukommenden Stellung und Aktionskraft in der parlamentarischen Schlachtlinie zum nicht geringen Teile beraubt. Wir wünschen das Wort „konservativ“ hier weder im agrarischen noch im „reaktionären“ Sinne gedeutet zu sehen, sondern konservativ im Sinne der Erhaltung der Fundamente, auf denen der preußische Staat und sein Königtum ruhen. Denn auch vom preußischen Königtum sollte etwas mehr die Rede sein. Es müßte wieder lebensvoller erscheinen, es darf nicht völlig in die Kaiserwürde aufgehen. Ist es doch der König von Preußen mit den starken Kräften seines Staats, der dem Kaisertitel Inhalt und Leben gibt, und wir lehnen den nivellierenden Einheits-

staat in Deutschland schon deshalb ab, weil wir den preußischen Staat in seiner Eigentümlichkeit und Lebenskraft erhalten wissen wollen. Kaiser Wilhelm der Erste hat es einst bei einem Ausblick in die fernere Zukunft als wahrscheinlich bezeichnet, daß seine Nachkommen in einem schönern Teile Deutschlands residieren könnten. „Aber — fügte er hinzu — dann werden eines Tags die Preußen aufstehn und fragen: wie ist uns denn? wir hatten doch einen König? wo ist denn der hingekommen?“ Mit einem stärkern Hervortreten des preußischen Herrenhauses würde der gesamte preußische Staatsgedanke und mit ihm auch das preußische Königtum wieder mehr in den Vordergrund rücken. Je mehr der König von Preußen in dem Kaiser aufgeht, desto größer ist die Gefahr, daß beide — Königsherrschaft und Kaisertum — der umstrickenden und erwürgenden Gewalt des allgemeinen Stimmrechts verfallen, wenigstens solange die Sozialdemokratie die von ihr organisierten Massen mit dem heutigen Reichswahlrecht für ihre Zwecke mißbraucht. Denn weniger in dem allgemeinen Stimmrecht an sich, sondern in der sozialdemokratischen Massenorganisation und in einer sozialpolitischen Gesetzgebung, die diese Massenorganisation auf jede Weise fördert, liegt die Bedrohung unsers staatlichen Lebens. Bei voller Einsetzung seiner verfassungsmäßigen Kräfte ist das preußische Herrenhaus einer der stärksten Dämme gegen die sozialdemokratische Hochflut, und die Führer der Sozialdemokratie sind sich darüber auch nicht im unklaren. Mit einem auffälligen Aufwand gellender Schimpfreden hat der Vorwärts angekündigt, die sozialdemokratische Partei werde die Reden des Herrn von Manteuffel und des Grafen Mirbach als Massenflugblatt verbreiten. Wenn das in wahrheitsgetreuer Form geschieht, kann es nur erwünscht sein; vielleicht mehrt die Sozialdemokratie dadurch die Zahl der Politiker, die den Mut finden, auch ihrerseits auszusprechen, was in Millionen Herzen lebt.

Aus der großsprecherischen Ankündigung klingt doch nur die Furcht heraus, daß die Neigung, noch ein oder zwei Menschenalter auf die Ergebnisse der Mauferung der Sozialdemokratie zu warten — eine Frist, die für diese mehr als ausreicht, ihre Herrschaft über die Massen zu befestigen und damit zum mindesten einen starken Einfluß auf die Gesetzgebung und auf die Zerlegung des ganzen Staatswesens zu gewinnen —, auch an den maßgebenden Stellen etwas schneller abnehmen könnte, als dies in weiten Kreisen ohnehin schon der Fall ist. Heute zieht sich die Sozialdemokratie vor einer ersten Ankündigung, vor einem festen und entschlossenen Willen noch ebenso zurück wie eine tumultuierende Menge vor dem Trommelschlag einer anrückenden Truppe; warten wir noch zehn weitere „Mauferungsjahre“ ab, so wird die Position der Sozialdemokratie nach menschlichem Ermessen eine weit stärkere sein, falls inzwischen nicht andre Umstände unsrer innern Entwicklung zu Hilfe kommen. Herr Professor Schmoller hat uns zwar im Herrenhause auf die „Revisionisten“ verwiesen, die demnächst die Führer der Partei sein würden, und mit denen sich reden lasse. Wir können diesen Glauben nicht teilen. Gewiß werden die revisionistischen Kreise in der Sozialdemokratie stark anwachsen und einen gemäßigtern rechten Flügel in der Partei bilden, denn diese ist heute schon viel zu groß, als daß sie sich einheitlich dirigieren ließe. Aber um so schärfer wird sich der radikalere linke Flügel abheben und sich bei allen großen Entscheidungen als der stärkere erweisen. Was soll denn die „revisionistische Reformpartei“ der Zukunft eigentlich noch „reformieren“? Der Staat ist den Massen gegenüber heute ohnehin schon in der Lage Oretchens: Ich habe schon so viel für dich getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt.

Herr Schmoller sieht das Heilmittel in einer „gerechten Regierung,“ die über den Klassen eine billige schiedsrichterliche Gewalt sei. Das Unglück ist nur, daß die sozialdemokratisch organisierten Massen unter „Gerechtigkeit“ etwas ganz andres verstehen als der übrige Teil der Nation. Zwischen der Expropriation des Besitzes und dessen Schutze besteht doch ein unüberbrückbarer Gegensatz. Herr Professor Schmoller hat mit Recht als das eigentliche Unglück für Deutsch-

land die Tatsache beklagt, daß die Führer der Sozialdemokratie unter die Herrschaft der Marxistischen Ideen geraten seien und demgemäß ihre Partei zu einer gegen die staatliche Ordnung gerichteten revolutionären Partei gestaltet hätten. Aber gerade weil diese Tatsache vorliegt, darf man nicht verlangen, daß man noch „ein oder zwei Menschenalter“ der Befestigung dieser Ideen ruhig zusehe im Vertrauen auf einen Revisionismus, der schließlich doch nur einem verglimmenden Dochte gleichen würde. Er wird der Sozialdemokratie Rekruten und Anhänger aus den gebildeten Kreisen zuführen, deren Zahl wir ja ohnehin aus gewissen Kategorien täglich zunehmen sehen, aber es wird ihm nicht gelingen, die Massen zu führen und zu beherrschen. Andererseits steht fest, daß die besitzenden Klassen den Arbeitern in mancher Hinsicht entgegenkommender gegenüberstehn würden, wenn diese nur eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage im Auge hätten und nicht zugleich eine revolutionäre Massenherrschaft anstrebten. Diesen Zustand noch auf zwei Menschenalter hinaus gleichsam zu verewigen, kann nicht die Aufgabe einer weisen, vorschauenden Politik sein. Herr Professor Schmoller erinnert mit seinen Deduktionen doch stark an den Professorenidealismus der Frankfurter Nationalversammlung, der zwar ein nützlicher Vorkämpfer des deutschen Reichsgedankens gewesen ist, diesem aber nicht Leben und Gestalt verleihen konnte, „weil man sich durch Hoffnungen und Erinnerungen über den Wert der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Tatsachen täuschen ließ.“

Es liegt uns fern, Ausnahmegesetzen das Wort zu reden. „Ausnahmen“ kann man nicht verewigen, und solche Gesetze an bestimmte Ablauffristen zu knüpfen, hieße den mit dem Sozialistengesetz begangnen Kardinalfehler wiederholen. Nachdem man die Sozialdemokratie vierzehn Jahre lang geduldet und anerkannt hat, wird man heute den Massen den Glauben, daß sie etwas nicht Erlaubtes sei, nicht mehr beibringen können, es sei denn, daß eine tätliche Auflehnung zu einer Unterdrückung nötigte. Was wir brauchen, ist eine Abänderung des Reichswahlrechts und eine Verschärfung des Strafgesetzes gegen sozialdemokratische Ausschreitungen, namentlich den stärkern Schutz Arbeitswilliger. Das Recht auf Arbeit ist jedenfalls das erste aller Menschenrechte und steht höher als jedes Verfassungsrecht. Nun ist aber die Abänderung des Reichswahlrechts, sofern sie durch Gesetz und nicht durch Dekretierung herbeigeführt werden soll, in der Hauptsache eine Popularitätsfrage. Viele Politiker, die das heutige Reichswahlrecht gern geändert sähen, gehn aus Popularitätsgründen der Sache möglichst aus dem Wege. Einstweilen verschanzt man sich hinter die für die Sozialdemokratie ungünstigen Ergebnisse der Nachwahlen, deren Zahl durch die Wahl Baffermanns in Frankfurt a. D. hoffentlich vermehrt werden wird.

Der Bund der Landwirte, der bei der Hauptwahl vielleicht unnötigerweise sein Recht geltend machte, hat diesen Fehler durch ein offnes und entschiednes Eintreten für den nationalliberalen Kandidaten wieder gut gemacht, zugleich beweist das Zusammengeh'n der Nationalliberalen und der beiden konservativen Parteien im preussischen Landtage bei der Regelung der Schulunterhaltung, daß ein Zusammenschließen der alten Kartellparteien und damit eine wesentliche Stärkung des Staatsgedankens sehr wohl möglich ist. Hoffentlich bleibt es nicht bei diesem vereinzelt'n Fall. Wollten diese Parteien die gemeinsamen Interessen mehr in den Vordergrund stellen, die trennenden Gegensätze mehr zurücktreten lassen und namentlich alle unnötigen Kämpfe untereinander vermeiden, so würde dadurch der Staatsgedanke eine große Verstärkung erfahren und die sozialdemokratische Gefahr, wenn auch selbstverständlich nicht beseitigt, so doch in größerem Umfange niedergehalten werden. Aber ein wirkliches Brechen ihrer Herrschaftsbestrebungen wird nur durch Abänderung des Wahlrechts und des Strafrechts sowie durch Revision der sozialpolitischen Gesetzgebung zu erreichen sein, die vor allem die Erhaltung der staatlichen Ordnung und die Verhinderung weiterer Massenorganisationen zur Nichtschmuck haben muß.

Ernstlich wird von einem engern Zusammenschluß dieser Parteien freilich erst dann die Rede sein können, wenn der Zankapfel der Kanalfrage aus der Welt geschafft sein wird. Sodann darf man nicht außer acht lassen, daß das Zentrum heute eine wesentlich andre Stellung zu unsern großen nationalen Fragen einnimmt als im Jahre 1887. Ein Zusammenschluß der alten Kartellparteien würde deshalb, sobald er über eine Verständigung von Fall zu Fall hinausgehn soll, so eingerichtet werden müssen, daß er das Zentrum nicht abstößt, sondern daß diesem namentlich der Sozialdemokratie gegenüber der Zutritt offen und möglich bleibt. Das allein genügt aber nicht, in allen großen Fragen der Gesetzgebung können die genannten Parteien ohne das Zentrum nichts entscheiden. Wir müssen also endlich dahin gelangen, daß das Zentrum, wenngleich es in konfessionellen Fragen seine eignen Wege geht, in allen andern eine große nationale Mehrheit bilden hilft. Im prinzipiellen Gegensatz zum Zentrum wird das freilich nie erreicht werden, von beiden Seiten wird ein gut Stück der bisherigen Gegnerschaft, auch in der Presse, aufgegeben werden müssen. Es ist aber für Deutschland nicht nur notwendig, sondern auch möglich, daß auf der Basis des *in necessariis unitas, in dubiis libertas!* die Parteien sich zusammenfinden, getrennt marschieren und vereint schlagen, die an der Erhaltung des Staates und seiner Grundlagen, seiner äußern Macht und seines innern Friedens schließlich doch ein gemeinsames und zwingendes Interesse haben.

Der Kanzler. Als ob es im lieben Deutschland an politischem Zündstoff oder an Sensationsmaterial für die geehrten Zeitungsleser fehlte — brechen einige Blätter auch noch eine „Kanzlerfrage“ vom Zaun, und zwar seltsamerweise solche Blätter, Organe solcher Parteien, die an einem Kanzlerwechsel nicht das allgeringste Interesse haben können. Die Kölnische Volkszeitung wird schwerlich in dem Glauben leben, daß ein jetzt für den Grafen Bülow eintretender Nachfolger dem Zentrum Konzeptionen machen würde, die Graf Bülow versagt oder nicht zu erreichen vermocht hat, und liberale Blätter vom Schlage des Leipziger Tageblattes bescheinigen ihm, daß er „nur noch pro forma vor der Bresche stehe,“ wenn es auch „Tag und Stunde“ noch nicht angeben kann, wo Graf Bülow in der Verjüngung auf der Leipziger Johannisgasse verschwinden und einem Vertrauensmann des nationalliberalen Organs Platz gemacht haben wird. Der Ausgangspunkt der Betrachtung des Leipziger Tageblattes ist die Behauptung, daß das Abgeordnetenhaus (doch wohl das preussische? d. R.) sehnüchtig nach ihm ausgesehen habe. „Aber Graf Bülow erschien nicht; er nahm Glückwünsche entgegen, natürlich (!) Glückwünsche zu seinem Geburtstag, nicht zu seiner Politik.“ Der arme Reichskanzler! Nicht einmal Geburtstag darf er haben, und wenn er ihn hat, soll er keine Glückwünsche entgegennehmen, sondern im Abgeordnetenhause Kanalreden halten. Dieser Artikel des Leipziger Tageblattes ist vom 12. Mai datiert; Graf Bülows Geburtstag war neun Tage zuvor, am 3. dieses Monats. In diesen neun Tagen hätte nun wohl auch die Redaktion des Leipziger Tageblattes aus irgend einer beliebigen Berliner Zeitung in Erfahrung bringen können, daß Graf Bülow durch eine längere Konferenz auf dem Schlosse in Anspruch genommen war, die vor dem Kaiser mit dem Chef des Generalstabs, dem Kriegsminister und dem Kolonialdirektor stattfand, und der wahrscheinlich auch noch eine Besprechung der betreffenden Herren vorangegangen ist. Zuvor hatte der Reichskanzler allerdings den Gratulationsbesuch des Kaisers empfangen, der sich für den Abend auch zum Diner beim Grafen Bülow angesagt hatte. Es waren also drei Begegnungen mit dem Kaiser an dem einen Tage, und da der Reichskanzler wohl auch noch einige dringende Geschäfte zu haben pflegt, von denen freilich die Außenwelt nur wenig erfährt, so glauben wir, daß dieser Tag auch ohne Kanalrede für den Grafen Bülow ausreichend besetzt war.

Außerdem aber dürfte kein ernsthafter Politiker eine Beteiligung des Ministerpräsidenten an der Kanaldebatte erwartet haben. Erstens hätte er kaum etwas zu

sagen gehabt, was er nicht schon vor dem Lande öffentlich und vielen Abgeordneten auch privatim wiederholt ausgesprochen hatte, zweitens würde er durch seine Beteiligung die Debatte sofort auf das hochpolitische Gebiet verschoben haben. Die Ansicht der preussischen Regierung ist aber bekanntlich, daß die Kanalfrage nicht von dem politischen, sondern ausschließlich von dem wirtschaftlichen Standpunkt aus behandelt und entschieden werden soll; demgemäß mußte die Vertretung der Vorlage zunächst ausschließlich durch die zuständigen Ressortminister erfolgen. Die Beteiligung des Reichskanzlers vollzieht sich viel sicherer auf dem Wege der persönlichen, nicht der öffentlichen Verhandlung mit den einzelnen Parteien. Wohl aus diesem Grunde hat Graf Bülow es auch vermieden, im Herrenhause die Kanalfrage zu berühren, die ihm in andern Falle recht nahe gelegen haben würde.

Wer diese Rede des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers recht aufmerksam ansieht, wird finden, daß sie den hippokratischen Zug eines zum Verschwinden bereiten Mannes durchaus nicht trägt, wohl aber den eines Ministers, der sich der schweren Bürde und der schweren Verantwortlichkeiten seines doppelten Amtes sehr wohl bewußt ist. Von den vielfachen und oft recht ernstesten Ansprüchen, die an ihn herantreten, erfährt die Öffentlichkeit freilich recht wenig, und das mag den „Organen der öffentlichen Meinung,“ die über den Reichskanzler und seine Stellung wie die Blinden von der Farbe reden, ebenfalls zur Entschuldigung dienen. In späterer Zeit wird man vielleicht erfahren, daß diese Frühlingsmonate des Jahres 1904 für die Leitung unsrer Politik nach innen und nach außen recht schwierig waren, doppelt erschwert durch eine Reihe von äußern Umständen, und daß Graf Bülow sich in dieser Zeit manches Verdienst erworben hat, den Staatswagen im richtigen Gleise zu erhalten. Es hat sich dabei möglicherweise doch um Dinge gehandelt, neben denen z. B. die Aufhebung des Paragraphen 2 überhaupt nicht in Betracht kommen kann. Verständige Zeitungen könnten durch ein aufmerksameres Studium der Tagesgeschichte doch zu der Einsicht gelangen, daß der in vielen Orten Deutschlands noch übliche Nachtwächterspruch: „Bewahrt das Feuer und das Licht!“ auch von der Presse beherzigt werden muß.

In einer Zeit, wo hochwichtige internationale Verhandlungen schweben — es genügt an die Verhandlungen wegen der Handelsverträge zu erinnern —, scheint es wenig zweckmäßig, dem Auslande in grundloser Weise mitzuteilen, daß der verantwortliche Träger dieser Verhandlungen hier nur noch auf Tage und Stunden „vor der Presse stehe.“ Das heißt dem Auslande sagen, beeilt euch nicht mit Zugeständnissen, es kommt ein anderer Reichskanzler, seht euch den erst einmal an. Eine solche Politik ist weder national noch ist sie politisch richtig, weil sie die Stellung Deutschlands schwächt. Welchen Wert das Ausland diesen auffälligen Erscheinungen in der deutschen Presspolitik beilegt, ist im einzelnen Falle von hier aus nicht immer abzuschätzen. Vielleicht hat man draußen eine zu hohe Meinung von deutschen Zeitungen, als daß man ihnen solche Mißgriffe ohne weiteres zutrauen sollte. Das Leipziger Tageblatt stellt sich die spezielle Aufgabe, an dem Telegramm herumzudeuten, das der Kaiser seinerzeit an den Kaiser Nikolaus anlässlich des Untergangs des russischen Panzerschiffs bei Port Arthur gerichtet hat. Man hat von diesen Ausführungen den Eindruck, daß sie viel besser für den Vorwärts als Ergänzung einer Babelschen Rede als für ein nationalgesinntes Blatt passen.

Wir können zum Schluß nicht unterlassen, auf den einen sehr merkwürdigen Umstand hinzuweisen: Als der Bischof von Metz den Famecker Kirchhof interdiiziert hatte, waren in den liberalen Blättern spaltenlange Artikel über den allerdings hoch bedauerlichen Vorgang zu lesen; dergleichen sei natürlich nur bei dieser Regierung möglich usw. Jetzt, wo der Bischof seinen unüberlegten Schritt noch vor dem Eintreffen des Kaisers in Metz rückgängig gemacht hat, nachdem ihm kein Zweifel darüber gelassen worden war, daß man in Metz keinen Korum gebrauchen könne, schweigen sich dieselben Blätter völlig aus und begnügen sich damit, die Nachricht

in drei Zeilen abzudrucken. Es ist an sich ganz wünschenswert, daß von der Sache kein weiteres Aufheben gemacht wird, aber es scheint einer Anzahl von Zeitungen im vorliegenden Falle doch sehr schwer zu werden, vor ihren Lesern ihre Boreiligkeit einzugestehen. *g*

Denifle von Massillon widerlegt. Denifle erklärt es für eine verleumderische Lüge Luthers, daß der Ordenstand nach katholischer Lehre ein Stand der Vollkommenheit sei, dessen Mitglieder schon durch die bloße Zugehörigkeit zu ihm und durch die Beobachtung seiner Satzungen Gott wohlgefällig würden; der Ordenstand werde nicht als Stand der Vollkommenheit angesehen, sondern als der Stand, worin sich die Vollkommenheit am leichtesten und sichersten erreichen lasse. Die zweite dieser Behauptungen ist im vorjährigen 51. Heft der Grenzboten als Irrtum nachgewiesen worden, und von der ersten wurde gesagt, daß sie möglicherweise dogmatisch korrekt, aber dem katholischen Volke und sogar den Theologen unbekannt sei. Zufällig nun finden wir in Adam Smiths Theorie der moralischen Gefühle folgende Stelle aus Massillons Discours prononcé à une bénédiction des drapeaux du régiment de Catinat: „Das Beklagenwerteste aber ist für Sie, meine Herren, daß Sie in einem rauhen und mühseligen Leben, in einem Beruf, dessen Pflichten vielfach strenger sind als die der strengsten Klöster, für das jenseitige Leben immer und für das diesseitige sehr oft vergebens leiden. Der Einsiedler, der sein Fleisch peinigt, wird wenigstens durch die Hoffnung auf die ihm zugesicherte Belohnung aufrecht erhalten und durch die geheimnisvolle Salbung der Gnade, die das Joch des Herrn leicht macht. Sie aber, werden Sie es wagen, auf dem Sterbebett Christo Ihre Anstrengungen und Widerwärtigkeiten vorzuhalten? Werden Sie es wagen, dafür eine Belohnung zu erbitten? Wie oft haben Sie sich selbst Gewalt angetan, aber was von all dem soll er als ihm erwiesen buchen? Die schönsten Jahre Ihres Lebens haben Sie Ihrem Berufe gewidmet, und zehn Jahre Ihres Dienstes haben Ihren Leib härter mitgenommen, als ein ganzes Büßerleben es getan hätte. Ach, meine Brüder! ein einziger Tag solcher Leiden würde, wenn er dem Herrn geweiht worden wäre, Ihnen vielleicht ewige Glückseligkeit gesichert haben! Eine einzige der Natur schmerzhafteste Handlung würde, wenn Sie sie Christo dargebracht hätten, Ihnen vielleicht das Erbe der Heiligen verbürgt haben! Und Sie haben solcher Handlungen so viele für die Welt vollbracht — umsonst!“

Kann man die angebliche lutherische Verleumdung entschieden als Kirchenlehre verkündigen, als es hier der gelehrte Oratorianer und Bischof von Clermont tut, der größte aller katholischen Kanzelredner außer Johannes Chrysostomus? Smith bemerkt dazu: „Die zwecklosen Abtötungen der Mönche den adelnden Strapazen und Gefahren des Krieges vergleichen, annehmen, daß in den Augen des Weltenrichters ein auf jene verwendeter Tag mehr Wert habe als ein in den andern preiswürdig zugebrachtes Leben, das widerstrebt unserm ganzen sittlichen Empfinden, widerspricht allen Grundsätzen, nach denen unsre Verachtung und unsre Bewunderung zu regeln die Natur uns anleitet. Der Geist, der sich in dieser verschrobenen Ansicht kundgibt, reserviert die himmlischen Gefilde den Klosterbrüdern und verdammt zur Hölle die Helden, die Staatsmänner, die Gesetzgeber, die Dichter und Philosophen des heidnischen Altertums und auch aus späterer Zeit alle, die durch Entdeckungen, Erfindungen, ausgezeichnete Leistungen in Kunst und Wissenschaft das menschliche Dasein gesichert, vervollkommenet und verschönert haben. Kann man sich darüber wundern, daß eine so seltsame Anwendung der an sich sehr achtungswerten Lehre (von den jenseitigen Belohnungen und Strafen) diese manchmal dem Spott und der Verachtung ausgesetzt hat?“ Und er zitiert Voltaires:

Vous y grillez sage et docte Platon,
Divin Homère, éloquent Cicéron usw.

Ganz so schlimm steht bei Massillon die Sache nicht, wie es Smith dar-

stellt. Dieser hat vielleicht nicht die ganze Rede, sondern nur die obige Stelle gelesen. Hätte er das Folgende gekannt, so würde er sich überzeugt haben, daß der berebte Bischof den Himmel keineswegs den Klosterbrüdern ausschließlich reserviert. Er zeigt nämlich im folgenden den Offizieren, wie auch sie sich in ihrem Stande den Himmel verdienen könnten: indem sie ihre schweren Berufspflichten im christlichen Glauben ausübten und ihre Leiden Gott als Bezahlung ihrer Sündenschuld darböten. Viel wird dadurch freilich die Sache des Katholizismus nicht gebessert: erst durch eine von müßigen Theologen ergrübelte frömmelnde Zutat soll rechtschaffne und schwierige Pflichterfüllung Wert vor Gott erhalten, und Gottes Weltregierung bleibt zur kaufmännischen Rechenstube herabgewürdigt. Übrigens aber verdient Massillon auch in dieser formschönen Rede das Lob, das ihm die Realencyclopädie für protestantische Theologie spendet, daß er ein Mann von tiefer und echter Frömmigkeit und lauterer Gesinnung gewesen sei und sich nie herabgelassen habe, dem Sonnenkönig zu schmeicheln. Auch wenn einmal die preußischen Truppen ihres Lebenswandels wegen so harte Nüßen verdienen sollten wie die damaligen französischen, würde kein preußischer Feldprediger es wagen, so zu sprechen wie Massillon. Kein Wort zum Preise des Soldatenstandes! Wie ist Ihr Loos zu beklagen, meine Herren, ruft er einmal. Nichts von ruhmreichen Fahnen! Ces signes déplorables de la guerre et de la dissension, nennt er sie. Auch daß es Reher sind, gegen die der allerchristlichste König Krieg führt, stimmt ihn nicht um. „Was, o Gott, macht es für einen Unterschied, ob du durch den Unglauben deiner Feinde oder durch die Verbrechen der Gläubigen verunehrt wirst? Was liegt daran, daß dein Reich äußerlich ausgebreitet wird, wenn du nicht in den Herzen regierst?“ Entmutigen will er nicht; im Gegenteil, er ist überzeugt, daß nur der Christ echten und unerschütterlichen Mut haben kann — auch im Kriege, und zum Schluß betet er, Gott selbst möge diese Fahnen segnen, seinen Engel vor diesem siegreichen Regiment einherschreiten lassen und in die Feinde den Geist des Schreckens und der Verwirrung senden, widerruft aber, sich scheinbar besinnend, diesen Wunsch: „Doch nein, o Herr! Stifte vielmehr Frieden zwischen den Reichen und den Staaten! Besänftige die Gemüter der Fürsten und der Völker! Laß dich rühren durch das mitleidwürdige Schauspiel, das die Kriege deinen Augen darbieten! Mögen die Hilferufe und die Klagen der Völker zu dir dringen, die Verwüstung der Städte und der Landschaften deine Milde bewegen usw.“ Man sieht, aus Massillon spricht derselbe Geist, in dem Fénelon 1694 seinen Brief an Ludwig den Vierzehnten geschrieben hat, unsrer Ansicht nach das großartigste Zeugnis christlichen Freimuths, das die Weltgeschichte kennt. Und um dieses Geistes willen kann man ein dogmatisches Vorurteil gern verzeihen; aber dieses dogmatische Vorurteil frischweg ableugnen, das, verehrter und sehr gelehrter Pater Denifle, das ist nicht ehrlich!

Frobenius Militärlexikon habe ich im ersten Bande der Grenzboten von 1902 auf Seite 456 besprochen. Das Lexikon, das 1901 in Lieferungen erschien und trotz seines starken Umfangs nach den sechs Monaten, die während des Erscheinens verstrichen, eine Anzahl von Berichtigungen und Ergänzungen am Schluß brachte, hatte schon 1902 ein Ergänzungsheft nötig. Jetzt ist ein zweites Ergänzungsheft erschienen. Oberstleutnant Frobenius hat in diesem Ergänzungsheft II, wie er in einer Vorbemerkung sagt, auch den Stoff des Ergänzungsheftes I mit verarbeitet, was ja für den Suchenden im Lexikon ganz angenehm ist.

Bei der Durchsicht des Ergänzungsheftes II erkennt man mit Freuden, daß der Verfasser und die Mitarbeiter der Entwicklung des Kriegswesens unsrer Zeit mit Eifer und Sorgfalt gefolgt sind. Alle neuen großen und kleinen Feuerwaffen, alle Organisationsveränderungen in den Heeren und Flotten der Staaten, alle Bestimmungen im Militärversorgungswesen usw. sind bis in die Neuzeit berücksichtigt, und man wird kaum vergeblich nach irgend einer technischen oder geschichtlichen

Aufklärung über das Kriegswesen suchen. Das günstige Urteil, das ich über das Hauptwerk, das „Militärlexikon,“ hier im ersten Bande von 1902 bekunden durfte, kann ich hier nur wiederholen.

C. v. H.

Berichtigung. In dem Artikel „Englisch-deutsche Bundesgenossenschaft“ muß es Seite 124 statt „Im Besitze der jonischen Inseln und Maltas und Herr in Italien eroberte Napoleon nun auch Ägypten und gewann dadurch die Herrschaft über das Mittelmeer . . .“ heißen: „Im Besitze der jonischen Inseln und Maltas und Herr in Italien eroberte Napoleon nun auch Ägypten und suchte sich dadurch die Herrschaft über das Mittelmeer und zugleich eine Basis für weitere Unternehmungen in West-, Süd- und Ostasien (Ostindien) dauernd zu sichern,“ da Napoleon die Herrschaft über das Mittelmeer, die er sich dauernd zu sichern wünschte, sich während der Unternehmung gegen Ägypten nicht zu erhalten vermochte, sondern durch die Schlacht von Abukir verlor.

Schulz, Hauptmann



Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Alle für die Grenzboten bestimmten Aufsätze und Zuschriften wolle man an den Verleger persönlich richten (S. Grunow, Firma: Fr. Wilh. Grunow, Inselstraße 20).

Die Manuskripte werden deutlich und sauber und nur auf die eine Seite des Papiers geschrieben mit breitem Rande erbeten.

Wer Odol konsequent täglich vorschriftsmäßig anwendet, übt die nach dem heutigen Stande der Wissenschaft denkbar beste Zahn- und Mundpflege aus.

